

CDU Döbeln

Vorsitz: Ingo Kutsch
Telefon: +49 172 5654728
E-Mail: ingokut@web.de
Web: www.cdu-mittelsachsen.de

Seite 1 von 9

Döbeln, im Dezember 2022

von Dr. Rudolf W. Lehle

*Vorsitzender der CDU Fraktion,
Stadtrat in Döbeln*

Zur Diskussion –

Christliche und Demokratische Grundlagen:

Wir treten für ein friedliches Miteinander und gegen Hass und Hetze in unserer Stadt ein.

Wir achten und schätzen die Glaubensüberzeugungen unserer Mitbürger. Wir wissen um die Kraft des Glaubens nicht nur bei Bewältigung von existenziellen Krisen.

Wir treten für Toleranz und Vielfalt der Meinungen, aber gegen Lügen, Verleumdungen und Verdrehung der Tatsachen ein. Toleranz heißt, die abweichende Meinung des anderen Menschen vielleicht nicht gutzuheißen, aber als andere Meinung oder Lebensform zu respektieren (solange nicht Straftatbestände gegeben sind).

Wir treten selbstverständlich für Gleichberechtigung und gleiche Pflichten aller Menschen ein. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung nach Quoten, nach Gruppen oder ethnischer, kultureller Zugehörigkeit, nach Geschlecht, nach Hautfarbe, nach Minderheiten oder Mehrheit lehnen wir ab. Wir nehmen Bezug auf die Grundrechte nach Artikel 3 im Grundgesetz (Gleichheit vor dem Gesetz).

Wir lehnen eine zunehmende Beschädigung unserer Muttersprache aus angeblichen „Gerechtigkeitsgründen“ oder durch unnötige Verwendung von ausufernden englischen Fremdworten ab.

Das Haus der Demokratie ist das Rathaus. Hier können alle gewählten Vertreter dieser Stadt beraten, sich austauschen und Beschlüsse fassen.

Wir erkennen demokratische Wahlergebnisse an, gleich ob sie Sieg oder Niederlage bedeuten.

Das Demonstrationsrecht berechtigt nicht zu allgemeiner Nötigung oder Sachbeschädigung. Dies gilt unabhängig von den Zielen der Demonstrierenden.
Anmerkung: Mit dem generischen Maskulinum sind in dieser Schrift aus Gründen der Lesbarkeit alle Menschen in gleicher Weise gemeint und angesprochen.

Stadtentwicklung:

Die Kinder entscheiden über die Zukunft dieser Stadt! Wir freuen uns über jedes neu geborene Kind und wünschen ihm eine gute Zukunft, möglichst in unserer Stadt oder Region!

Wir sorgen für die nötigen Spielplätze und gute Kindertagesangebote mit angemessenem Personalschlüssel, Spiel-, Beschäftigungs- und Bildungsangeboten. Die Platzangebote werden nach dem Bedarf jährlich aktualisiert.

Wir tragen entschlossen dazu bei, die städtischen Schulen weiterzuentwickeln: baulich, informationstechnisch digital und in der Ausstattung. In Döbeln Ost wird ein neuer Schulcampus für die Grundschule und die Förderschule entstehen. Die Planungen sind schon weit gediehen.

Für Lehrer und Inhalte ist der Freistaat zuständig. Wir freuen uns über ein gutes Zusammenwirken zwischen den Lehrkräften, den Schülern und deren Eltern. Schule ist ein wichtiger Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Erziehung ist von Bildung nicht zu trennen. Hier sind Eltern und Lehrer gemeinsam in der Pflicht. Wir wenden uns nachdrücklich gegen Drogenkonsum jeder Art, insbesondere im öffentlichen Raum und an Schulen.

Wir unterstützen die Ansiedelung von Industriebetrieben, insbesondere der Zukunftstechnologien (erneuerbare Energien, Speichertechnologien) und den Erhalt von bestehenden Gewerbebetrieben.

Wir fördern die Ansiedelung von Karls Erdbeerhof. Wir sind überzeugt, dass dieser Betrieb zusätzliche Kaufkraft in die Stadt Döbeln bringt. Zusätzliche Besucher werden die Stadt beleben.

Wir unterstützen den lokalen wie regionalen Handel, das Dienstleistungs- und Gastgewerbe. Selbständige sind die Motoren unserer Wirtschaft!

Wir unterstützen mit hohem materiellem Aufwand und persönlicher Wertschätzung unsere Feuerwehr. Die Kameraden sind (neben den anderen Blaulicht-Diensten) die angesehenen Helden unserer Stadt!

Wir fördern und unterstützen die Sportvereine unserer Stadt. Das vielfältige sportliche Angebot stärkt maßgeblich den gesellschaftlichen Zusammenhalt über soziale Schichten, Gruppen und Altersklassen hinweg.

Wir freuen uns über ein reichhaltiges kulturelles Leben in unserer Stadt mit einem lebendigen Konzert-, Theater- und Tanzprogramm. Ein buntes Kinoprogramm ist Teil unseres städtischen Lebens, ebenso wie soziokulturelle Angebote.

Als Eigentümer des Theatergebäudes und als Gesellschafter der Mittelsächsischen Philharmonie- und Theater GmbH leistet die Stadt Döbeln einen großen Anteil an der Bereitstellung und Finanzierung dieser Angebote.

Wir fühlen uns als christliche Demokraten dem christlichen Glauben verbunden und insbesondere den Kirchengemeinden in unserer Stadt. Viele Fraktionsmitglieder sind auch Kirchenmitglieder.

Infrastruktur:

Wir fordern die nötige Unterstützung durch staatliche Fördermittel bei Ausbau und Erneuerung von Straßen und Plätzen sowie anderer öffentlicher Infrastruktur und der Stadterneuerung.

Wir fordern einen raschen Aus- und Weiterbau der Flutschutzmaßnahmen. Dies umfasst bauliche Maßnahmen innerhalb der Stadt und zusätzlich am Oberlauf der Freiburger Mulde bei Oberbobritzsch. Döbeln muss vor einem Hochwasser geschützt werden, das statistisch nur alle 100 Jahre einmal auftritt. Überzogener Naturschutz muss sich dem Schutz der Menschen vor Gefahren der Natur unterordnen.

Wir setzen uns persönlich nachdrücklich für die möglichst rasche Wiederinbetriebnahme einer schnellen und bequemen Bahnverbindung von Döbeln in die Landeshauptstadt Dresden ein! Auch die Bahnverbindungen nach Leipzig und nach Berlin müssen beschleunigt werden.

Wir schätzen sehr die Angebote des Klinikums Döbeln und der niedergelassenen Ärzte. Die ortsnahe hochqualifizierte medizinische Versorgung ist Teil der Lebensqualität unserer Stadt.

Unsere Auffassungen zu allgemeinen politischen Themen:

Freistaat Sachsen:

Materielle wie immaterielle Kulturgüter, Sprache und Dialekt unseres Landes sind zu schützen als Ausdruck unserer regionalen Identität.

Sachsen ist Heimat, auf die wir stolz sein können! Sachsen war immer ein innovatives Land mit fleißigen Menschen.

Wir haben das beste Bildungssystem in Deutschland und eine zukunftsfähige Industrie. Wir haben die Chancen der Deutschen Einheit im Wesentlichen genutzt mit weitreichender Erneuerung dieses Landes.

Sozialer Friede und Zusammenhalt müssen gewahrt werden. Wir suchen das Gespräch auch mit anders Denkenden, treten aber bösartiger Propaganda mit Entwertung unseres Staates entgegen.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, um Lehrer, Mediziner, Pflegepersonal, Handwerker, Beamte und weitere Berufsgruppen zu qualifizieren und möglichst hier im Land zu halten durch attraktive Arbeitsplatz Angebote.

Die abgestimmte und gestufte medizinische Versorgung mit Hausärzten, Fachärzten, tagesklinischen und vollstationären Angeboten der Grund- und Regelversorgung muss auch im ländlichen Raum erhalten bleiben. Dies in Kombination mit Angeboten der Schwerpunkt- und Maximalversorgung in den Zentren.

Wir unterstützen moderne Industrie Ansiedelungen nicht nur in den Ballungsräumen, sondern besonders in bisherigen Kohlerevieren.

Wir unterstützen die Ertüchtigung und Erneuerung vernachlässigter Bahnverbindungen zwischen Leipzig und Chemnitz oder von Berlin nach Görlitz. Erfolgversprechende Bahnstrecken in die Ballungsgebiete müssen reaktiviert werden, dies gilt insbesondere für die Verbindung von Döbeln nach Dresden.

Wir fordern einen verbesserten und abgestimmten, getakteten Öffentlichen Personennahverkehr: Fußgänger, Zweiradfahrer und Autofahrer sind im ländlichen Raum als individueller Verkehr notwendig, darüber hinaus aber auf Busse und Bahnen angewiesen.

Die fünf Verkehrsverbünde sind in einen zusammenhängenden Verkehrsverbund zu überführen mit einheitlichem Tarifsysteem und durchgehenden Bahnverbindungen über bisherige Tarif- oder Verbandsgrenzen hinaus.

Wir sind gegen einen immer weiter gehenden Ausbau der Autobahnen. Wo eine vierte Spur in Fahrtrichtung benötigt wird, kann der Standstreifen ertüchtigt und freigegeben werden (Vgl. bestehende Regelungen auf der A 8 und A9 um München).

Wir benötigen eine schlanke, aber auch funktionsfähige Verwaltung für die Bürger. Ordnung ist notwendig, aber kein übertriebener Selbstzweck. Bürokratie ist nicht das Ziel des Verwaltungshandelns, sondern die Hilfestellung für den Bürger ist das Ziel. Wir begrüßen digitale Abläufe auch in der Verwaltung, soweit sie eine sichere und vereinfachte Kommunikation erlauben und keine Barrieren für ältere Menschen darstellen.

Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit für die Bürger zu stärken. Das Versprechen von 1000 zusätzlichen Polizisten muss eingehalten werden. Die sächsische Justiz benötigt ausreichend Mittel und Personal, um Verfahren rasch abschließen zu können und um einen modernen Strafvollzug zu gewährleisten. Regenbogenfahnen und „Gendergerechtigkeit“ können nicht die neuen Markenzeichen der sächsischen Justiz sein. Die Kommunen sind auf den Finanzausgleich und die staatliche Förderung bei vielen Pflichtaufgaben und bei Erhalt und Ausbau der Infrastruktur angewiesen.

Die Bundesrepublik Deutschland in Europa:

Wir leben in einem liberalen, sozialen und demokratischen Rechtsstaat, den es zu erhalten gilt gegen die Feinde der Demokratie und Freiheit.

Wir schätzen die Europäische Union als Garant für Frieden und Wohlstand, legen aber gleichwohl Wert auf Subsidiarität und Eigenverantwortung der Mitgliedsländer in Fragen der Sicherheit, Finanzen, Steuern und Kultur (Regionale Identität).

Mit der sozialen Marktwirtschaft sind wir in den vergangenen Jahrzehnten gut gefahren und konnten uns erfreulichen Wohlstand erarbeiten. Dennoch wenden wir uns gegen eine Art „Turbokapitalismus“ des „immer schneller, höher und weiter“. Die Wirtschaft dient den Menschen und nicht umgekehrt. Gewinne und Löhne können nur mit der erreichbaren Produktivität wachsen. Dieses Wachstum ist endlich! Arbeit darf nicht durch Überforderung krank machen.

Die Mittel der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand. Sozialer Wohnraum der öffentlichen Hand ist kein Spekulationsobjekt für Investoren.

Wir müssen Alles dafür tun, dass die noch fortbestehenden Unterschiede bei Löhnen und Renten zwischen dem früheren West- und dem früheren Ostdeutschland überwunden werden. Regionale Vielfalt ist jedoch Wesensart unseres dezentralen Bundesstaates.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht, immer mehr umzuverteilen! Soziale Gerechtigkeit bedeutet sozialen Ausgleich zwischen denen, die Geben können und denen, die vorübergehend auf Unterstützung angewiesen sind. Das Prinzip von „Fördern und Fordern“ muss erhalten bleiben.

Deutschland braucht Diplomatie und keine moralische Überheblichkeit in allen Politikfeldern. Wir wollen, dass unser Land gute Beziehungen pflegt zu anderen Ländern ohne anderen Kulturen unsere Werte aufzunötigen.

Deutschland braucht Sicherheit! Wer gegen internationale Bandenkriminalität ist, braucht gute internationale Polizeiarbeit und Vernetzung der Dienste unter demokratischer Kontrolle. Wir arbeiten für den Frieden in dieser Welt! Frieden heißt Sicherheit, Völkerrecht, Freiheit und Selbstbestimmung! Das eine nicht ohne das andere. Diese Werte hängen untrennbar zusammen. Damit Frieden keine Wunschvorstellung bleibt, braucht Deutschland eine funktionsfähige, gut und modern ausgestattete Bundeswehr, um sich mit starken konventionellen Kräften selbst (im Rahmen des NATO-Bündnisses) über hinreichend lange Zeit verteidigen zu können. Beistand bedeutet im Ernstfall starken Einsatz und nicht starke Worte! Deutschland kann nicht mehr nur das Scheckbuch zücken! Beistand gegen einen Aggressor kann jetzt ganz praktisch nötig werden innerhalb der NATO Beistandspflicht.

Wir wenden uns gegen das Unrecht des Stärkeren! Wir begrüßen die anhaltende internationale und deutsche Unterstützung der Ukraine gegen den Aggressor Russland. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand im Rahmen des Völkerrechts mit Wiederherstellung der vollen Souveränität und Integrität der Ukraine. Wir verurteilen den Terror gegen ukrainische Infrastruktur und die Zivilbevölkerung! Wir fordern die Konfliktparteien zum Waffenstillstand auf und zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Völkerrechts. Mögliche Kriegsverbrechen aller Parteien müssen untersucht und ggf. bestraft werden.

Deutschland beteiligt sich an der Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen seiner Möglichkeiten. Das Europäische Asylrecht muss aber dringend harmonisiert werden, um soziale Anreize zur Flucht speziell nach Deutschland zu minimieren (Sekundäre Migration innerhalb der EU). Wenn die Fluchtursachen weltweit auch vielfältig und schrecklich sind, so kann Deutschland immer nur einen Teil der Flüchtenden aufnehmen. Entscheidungen zum Aufenthalt oder Bleiberecht müssen zeitnah erfolgen und auch umgesetzt werden. Wer zur Ausreise verpflichtet ist, muss dieses Land wieder verlassen. Und dies vor einer langjährigen Integration. Einen Spurwechsel von der Ablehnung des Asylstatus hin zum regulären Arbeitsmarkt lehnen wir ab. Nach Rückkehr in das Heimatland kann ein Visum beantragt werden mit erneuter Einreise unter anderen Vorzeichen.

Die Einwanderung aus sozialen Gründen (Asyl aus politischen Gründen, Flucht, Vertreibung) muss eindeutig und weiterhin von der Arbeitsmigration Qualifizierter unterschieden werden. Deutschland kann nur dann ein umfassender Sozialstaat bleiben, wenn die Möglichkeiten und Grenzen dieser staatlichen Hilfen territorial und materiell eingehalten werden.

Wir erwarten stärkere Bemühungen der Arbeitsagentur, offene Stellen in Deutschland mit Arbeitslosen durch Qualifikation und hinreichende Anreize zu besetzen.

Unser blauer Planet:

Unsere Erde gibt es nur einmal! Wir müssen mit Rohstoffen und Energie (nicht nur aus Gründen des Preises) sorgsamer und sparsamer umgehen. Wir müssen auf die Reinhaltung von Luft, Erde und Wasser noch weit stärker achten. Jeder einzelne Mensch steht hier in Verantwortung.

Wir sprechen uns für nachhaltige und langlebige Produkte aus. Die Wegwerfgesellschaft hat keine Zukunft! Die Grenzen des immer weiteren Wachstums sind erreicht.

Wir unterstützen eine Wende hin zu erneuerbaren Energien. Die Umstellung muss jedoch so erfolgen, dass der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten

bleibt. Energiepolitik muss auch Lösungen bieten für windstille Nächte. Das heißt, wir brauchen Brückentechnologien für „Dunkelpausen“ mit Wasserkraft oder vorübergehend noch mit fossilen Energieträgern bis weitere Entwicklungen marktreif und anwendungsfähig sind (z. B. Wasserstoff Technologie, Erdwärme). Der Ausstieg aus bisherigen Technologien muss sich an der **Machbarkeit des Einstieges in neue Technologien** orientieren und nicht an sich ständig übertreffenden ideologischen oder zeitlichen Vorgaben!

Die Ungeduld der Jugend ist verständlich. Die Ungeduld hilft aber nur begrenzt bei der Umsetzung ehrgeiziger und weitreichender Pläne. Der Klimawandel ist nicht mit Zerstörung von Kunstwerken oder Blockaden von Straßen aufzuhalten. Dieser Art von nötiger Gewalt ist wirksam Einhalt zu gebieten. Straftaten sind Straftaten. Der Schutz des Weltklimas ist eine notwendige und drängende Aufgabe aller Menschen und aller Länder. Deutschland allein wird hier kaum etwas Messbares erreichen. Unser Land kann und sollte aber eine technologische Vorreiter Rolle übernehmen, ohne selbst die eigene wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu gefährden oder die nationale Industrie abzuschaffen (Gefahr der Deindustrialisierung).

Klimaschutz fängt bei uns allen an: beim Zündschlüssel und Gaspedal, beim Thermostat am Heizkörper, beim Einkauf und im Reisebüro.